

Anlage 2 zum Trägerrundschreiben 10/23

Verfahrenstechnische Regelungen für die erweiterte Pilotierung von Azubi-BSK

Mit dem Übergang der Berufssprachkurse für Auszubildende (Azubi-BSK) in die **erweiterte Pilotierung** ab dem 21.11.2023 werden einige Verfahrensänderungen eingeführt, die in dieser Anlage dargestellt werden.

Prinzipiell können Auszubildende mit Deutsch als Zweitsprache aus allen dualen Ausbildungsberufen gefördert werden. **NEU** für Kursträger von Berufssprachkursen ist die Unterscheidung zwischen **erfahrenen** und **neuen** Kursträgerstandorten¹ für Azubi-BSK:

I. Erfahren ist ein Kursträgerstandort für einen Ausbildungsbereich, wenn

- a. ein vom BAMF genehmigtes Konzept für diesen Ausbildungsbereich² beim Kursträgerstandort vorliegt und
- b. mindestens ein Azubi-BSK nach diesem Konzept **erfolgreich durchgeführt** wurde.

Als erfolgreich durchgeführt gilt ein Kurs, wenn dieser realisiert wurde

- auf der Grundlage eines durch das BAMF genehmigten Konzepts,
- mit mindestens 70 Prozent der im Konzept geplanten UE und
- mit insgesamt mindestens 50 UE.

Grundsätzliche Gliederung der Azubi-BSK in folgende Ausbildungsbereiche:

- Handwerk, Gewerbe und Technik
- Pflege
- Hotel- und Gaststättengewerbe
- Lager und Logistik

Erfahrene Kursträgerstandorte müssen ab dem 01.12.2023 **kein Kurskonzept für den bereits pilotierten Ausbildungsbereich** mehr einreichen und genehmigen lassen. Sie können für diesen Ausbildungsbereich ohne weitere Konzepteinreichungen weitere Azubi-BSK planen und durchführen. Jeder Kursträgerstandort bzw. jede unterrichtende Lehrkraft erarbeitet für den konkreten Azubi-BSK eine trägereigene Feinplanung unter Berücksichtigung der Konzeptgrundlage, um eine Passgenauigkeit der Unterrichtsinhalte zu gewährleisten.

II. Neue Kursträgerstandorte für Azubi-BSK müssen einmalig pro Ausbildungsbereich ein **kursindividuelles Konzept** entwickeln

- nach dem **Leitfaden** für Azubi-BSK,
- unter Berücksichtigung der **Konzeptgrundlage Azubi-BSK**,
- und dieses vom BAMF rechtzeitig vor Kursbeginn genehmigen lassen³.

Nach Genehmigung des Konzeptes für den zu pilotierenden Ausbildungsbereich und nach erfolgreicher Durchführung (siehe I.b.) des Azubi-BSK auf Grundlage dieses genehmigten Konzeptes gelten diese Trägerstandorte anschließend als „erfahrene Kursträgerstandorte“.

¹ Wichtig ist hier die konkrete Erfahrung eines Kursträgers vor Ort, gemeint ist also ein konkreter Kursträgerstandort und nicht ein Träger, der deutschlandweit viele Standorte hat.

² Für Beispielberufe je Ausbildungsbereich siehe Konzeptgrundlage im Kapitel „Grundlegendes zur vorliegenden Konzeptgrundlage“

³ Eine Ausnahme bilden ausbildungsvorbereitende Azubi-BSK, für die kein Konzept eingereicht werden muss. Für diese Kurse genügt eine trägerinterne Planung der Unterrichtsinhalte und des Einsatzes ausgewählter Lehr- und Lernmedien.

Grundlegende Regelungen für die Azubi-BSK

- **Ausbildungsvorbereitende Azubi-BSK** finden vor Beginn der Ausbildung statt und haben zum Ziel, die angehenden Auszubildenden allgemein-berufssprachlich auf die Ausbildung vorzubereiten. Für ausbildungsvorbereitende Azubi-BSK muss kein Konzept mehr beim BAMF eingereicht werden. Sie können damit sowohl von erfahrenen als auch von neuen Kursträgerstandorten für Azubi-BSK geplant und durchgeführt werden. Hier genügt eine kursträgereigene Feinplanung mit Unterrichtsinhalten und Lehr- und Lernmedien.
- **Ausbildungsbegleitende Azubi-BSK** finden innerhalb eines Ausbildungsjahres statt und umfassen in der Regel zwischen 70 und 150 UE – empfohlen werden mindestens 100 UE. Die **Dauer eines Azubi-BSK** beläuft sich jeweils auf ein Berufsschuljahr, wobei der Kursbeginn frühestmöglich nach Ausbildungsjahresbeginn erfolgen soll. Ein Azubi-BSK muss aber nicht zwingend mit dem ersten Ausbildungsjahr begonnen werden. Durch eine Reihung der Azubi-BSK soll eine Förderung über die gesamte Ausbildungsdauer ermöglicht werden.
- Azubi-BSK können auf Basis einer speziellen Garantievergütung abgerechnet werden, wenn die Mindestteilnehmendenzahl von 7 Teilnehmenden tatsächlich am ersten Unterrichtstag erreicht wird. Die spezielle Garantievergütung wird auf der Basis von 15 Teilnehmenden, multipliziert mit dem Kostenerstattungssatz lt. AbrRL Anlage 3 I und den Unterrichtseinheiten des gesamten Kurses gewährt.
- Die Nachweise über die vertieften Kenntnisse der unterrichtenden Lehrkräfte sind entsprechend der Konzeptgrundlage durch den Kursträger einzuholen. Alle Angaben dazu sind in aussagekräftigem Umfang und nachvollziehbar zu dokumentieren, beim Träger vor Ort nachzuhalten und dem Bundesamt auf Nachfrage vorzulegen. Eine Einsendung vor oder mit Kursbeginn ist nicht notwendig.
- Für neue Kursträgerstandorte ist ein initiales kursindividuelles Konzept für einen ausbildungsbegleitenden Azubi-BSK nach dem „Leitfaden zum Einreichen eines Kurskonzeptes im Rahmen der Pilotierung von Azubi-BSK“ und unter Berücksichtigung der Konzeptgrundlage⁴ zu erstellen und beim BAMF einzureichen. Es muss stets auf die konkreten Ausbildungsfächer⁵ und eine konkrete Teilnehmendengruppe (z.B. in Hinblick auf Sprachniveau, Ausbildungsjahr, Ausbildungsgang) ausgerichtet sein, da nur so eine passgenaue Sprachförderung inhaltlich entwickelt werden kann.
- In der Konzeptgrundlage des BAMF werden für das Unterrichten von Azubi-BSK Beschreibungen, Vorschläge und Erläuterungen zu zahlreichen Themenkomplexen gemacht. Diese sollen
 - erfahrene und neue Kursträger bei der didaktischen und methodischen Gestaltung des Unterrichts in Azubi-BSK entlasten und unterstützen und
 - neuen Kursträgerstandorten für Azubi-BSK die Entwicklung eines ersten kursindividuellen Konzeptes für einen Azubi-BSK erleichtern.
- Für die Azubi-BSK sollen die behandelten Themen und verwendeten Texte aus den **Unterrichtsfächern der Berufsschule** und in diesem Zusammenhang aufgetretene **sprachliche Herausforderungen** aufgegriffen, didaktisiert und im BSK-Unterricht verwendet werden. Eine oder

⁴ Der Leitfaden zur Entwicklung und zum Einreichen eines Kurskonzeptes für Azubi-BSK ist Teil der Konzeptgrundlage und kann dieser entnommen werden.

⁵ Je nach Ausrichtung des Azubi-BSK können auch ausbildungsgangübergreifende Fächer wie Wirtschaftslehre oder Sozialkunde inhaltliche Schwerpunkte des Kurskonzeptes sein.

mehrere Hospitationen der unterrichtenden BSK-Lehrkraft im Unterricht der Berufsbildenden Schule(n) (BBS) sowohl vor als auch nach Kursbeginn werden **dringend** empfohlen.

- Die verwendeten **Lehr- und Lernmaterialien** im ausbildungsbegleitenden Azubi-BSK beziehen sich stets auf die Inhalte der Ausbildungsfächer und auf die im berufsschulischen Unterricht eingesetzten Lehr- und Lernmedien. Beispielsweise können authentische, im Fachunterricht eingesetzte Unterrichtsmaterialien sowie benotete Leistungsüberprüfungen aus den Vorjahren für den Sprachunterricht verwendet und ggfs. von der Sprachlehrkraft didaktisiert werden⁶.

Verfahrenshinweise

1. Kursmeldung und Abrechnung

Kursträger planen einen Azubi-BSK und melden diesen entsprechend den Meldepflichten und Meldehinweisen an den zuständigen BAMF-Hauptstandort. Bei der Einreichung der Kurs(beginn)meldung ist zwingend unter Kursbezeichnung der kursindividuelle Name bestehend aus "Azubi-BSK + Ausbildungsbereich + Ausbildungsjahr bzw. ausbildungsübergreifend/ ausbildungsvorbereitend" anzugeben.

1.1 Konzeptpauschale

Neue Kursträgerstandorte für Azubi-BSK müssen zunächst pro Ausbildungsbereich (siehe I.b.) mindestens ein kursindividuelles Konzept auf der Grundlage des „Leitfaden zum Einreichen eines Kurskonzeptes im Rahmen der Pilotierung von Azubi-BSK“ erarbeiten und beim BAMF zur Genehmigung über den zuständigen Außendienstmitarbeitenden einreichen. Für die Entwicklung eines solchen Kurskonzeptes kann **einmalig** pro Ausbildungsbereich eine **Konzeptpauschale** in Höhe von 1.070 € abgerechnet werden, wenn der Azubi-BSK tatsächlich gestartet wurde. Diese Pauschale ist in der Tabelle für „**Lehr- und Lernmedien und besondere Aufwendungen**“ und der Nennung „Konzeptpauschale“ spätestens mit der Kursbeginnmeldung anzugeben. Für **Folgekurse** auf Basis desselben Konzeptes und **Folgekurse für andere Ausbildungsjahre im selben Ausbildungsbereich** erhält der Träger keine Konzeptpauschale.

1.2 Aufwandspauschale

Um den erhöhten Aufwänden seitens der Kursträger und Lehrkräfte bei kursvorbereitenden und kursbegleitenden Tätigkeiten Rechnung zu tragen, gewährt das Bundesamt bei Vorliegen entsprechender Nachweise eine **Aufwandspauschale**. Die Aufwandspauschale gilt somit als Nachteilsausgleich wegen der erhöhten Aufwände, um Kursträger bzw. Lehrkräfte finanziell bei der Durchführung von Azubi-BSK zu unterstützen.

Voraussetzungen zum Erhalt der Aufwandspauschale:

Die Aufwandspauschale wird **sowohl erfahrenen als auch neuen Azubi-BSK-Trägern** für **alle** Azubi-BSK gewährt, wenn mindestens 70 Prozent der geplanten UE, mindestens jedoch 50 UE, durchgeführt worden sind. Damit diese Pauschale abgerechnet werden kann, muss sie spätestens mit der Kursbeginnmeldung in der Tabelle für „**Lehr- und Lernmedien und besondere Aufwendungen**“ mit 1.930 € und der Nennung „**Aufwandspauschale**“ angegeben werden.

Hinweis: Die Konzeptpauschale und die Aufwandspauschale können unabhängig voneinander beantragt werden.

⁶ Detailliertere Informationen zu den Lehr- und Lernmaterialien sind dem entsprechenden Kapitel der Konzeptgrundlage zu entnehmen.

Die Gewährung der Aufwandspauschale setzt folgende **drei Tätigkeiten** voraus:

- a. vertiefte Ermittlung des Sprachförderbedarfs der Kursteilnehmenden in Bezug auf die Ausbildungsinhalte nach Kursbeginn⁷,
- b. Hospitationen durch die Sprachlehrkraft des Azubi-BSK im Berufsschulunterricht vor bzw. während der Kursdurchführung,
- c. regelmäßige Abstimmungen der Sprachlehrkraft des Azubi-BSK mit der jeweiligen BBS bzw. mit den Berufsschullehrkräften vor und nach Kursbeginn.

Die Pauschale kann nur bei Vorliegen **aller drei Aufwendungen** ausgezahlt werden. Alle drei geforderten Tätigkeiten sind im Formblatt „**Erbringungsnachweis zum Erhalt der Aufwandspauschale**“ nachvollziehbar und mit Datum festzuhalten, das im Original und unterschrieben im Rahmen der Schlussabrechnung einzureichen ist. Neu ist, dass sowohl die vertiefte Ermittlung des Sprachförderbedarfs als auch die Abstimmungen mit den berufsbildenden Schulen nach Kursbeginn erfolgen und nachgewiesen werden müssen.⁸

1.3 Abrechnung

Die Abrechnung erfolgt gemäß Abrechnungsrichtlinie (AbrRL) für Berufssprachkurse. Für die Abrechnung der Azubi-BSK ist der **Abrechnungsbogen für den fachspezifischen Unterricht** (Gewerbe/Technik) zu verwenden. Sowohl die Aufwandspauschale als auch die Konzeptpauschale sind in der Zeile „Besondere (bewilligte) Aufwendungen“ anzugeben.

Die Kosten für fach- oder ausbildungsspezifische Lehr- und Lernmaterialien, die für den Sprachförderunterricht im Azubi-BSK verwendet werden sollen, können zusätzlich abgerechnet werden. Für die Bewilligung sind die entsprechenden Materialien spätestens mit der Kursbeginnmeldung in der Tabelle für „Lehrwerke und besondere Aufwendungen“ anzugeben.

Die Gesamtkosten sind fortfolgend im Abrechnungsbogen für den fachspezifischen Unterricht in der Zeile kursbezogene Kosten „Lehrwerke“ aufzunehmen.

⁷ Siehe Vorschläge zur Ermittlung des Sprachförderbedarfs in der BAMF-Konzeptgrundlage

⁸ vgl. „Erbringungsnachweis zum Erhalt der Aufwandspauschale“.